



# Studierendenparlament

DER UNIVERSITÄT POTSDAM

---

**Postanschrift:** Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam  
**Sitz:** Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06  
**Kontakt:** *e-mail:* praesidium@stupa.uni-potsdam.de • *Fax:* (0331) 977-1795  
**Präsidium:** Alexander Gayko • Christian Schäfer • Daniel Sittler

---

Potsdam, 8. Juni 2011

Liebe Studierende, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Hiermit laden wir zur 2. außerordentlichen Sitzung des  
13. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

**Termin:** Dienstag, der 14. Juni 2011  
19:00 Uhr bis 23:00 Uhr

**Ort:** Am Neuen Palais 10, N.N.

Wir schlagen die folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Protokoll der Stupa-Sitzungen vom 10. und 24. Mai 2011.
4. Gäste
5. Berichte
  - a. Berichte aus dem Stupa-Präsidium
  - b. Berichte aus den Gremien
6. Konstruktives Misstrauensvotum gegen den Finanzreferenten
7. Jahresrechenschaftsberichte des 14. AStA
8. Entlastung des 14. AStA
  - a. Finanzielle Entlastung
  - b. Politische Entlastung
9. Anträge
  - a. Anträge zu ECTS-Grades
  - b. Antrag Gremienwahlen Plakate
  - c. Antrag Stellungnahme der BrandStuVe zur Hochschulstrukturkommission
10. Auswertung Sommerfest
11. Initiativanträge
12. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

---

## **Anträge**

### ***Antrag Gremienwahlen Plakate***

**Antragsteller:** Jakob Weissinger

Das StuPa möge beschließen:

Die Studierendenschaft verpflichtet sich dazu, dafür Sorge zu tragen, dass an Laternenpfählen etc. aufgehängte Wahlplakate für die Gremienwahlen am 05./06./07. Juli innerhalb von 14 Tagen nach Schließung der Wahllokale wieder entfernt werden.

#### **Begründung:**

Das Präsidium der UP hatte angekündigt, das Hängen von Plakaten an Laternenpfählen usw. zu untersagen, da im letzten Jahr noch im September Plakate gehangen seien und nicht abgenommen wurden.

Da die Werbung an Laternenpfählen jedoch erlaubt und ermöglicht sein sollte, wurde über vorliegenden Vorschlag gesprochen.

Das Präsidium der UP würde da mitgehen.

### ***Antrag Stellungnahme der BrandStuVe zur Hochschulstrukturkommission***

**Antragstellerin:** BrandStuVe, AStA

Das StuPa möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam unterstützt die BrandStuVe und stimmt ihrer Stellungnahme zur Hochschulstrukturkommission im Land Brandenburg zu.

#### **Begründung:**

Die Arbeit ist ein Gemeinschaftswerk der Brandenburgischen Studierendenvertretungen und soll im Anschluss an die Abstimmung der HSK und dem MWFK zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## **Antrag Obligatorische Ausweisung von relativen ECTS-Grades (an Landesregierung)**

Antragsteller: RCDS

Obligatorische Ausweisung von relativen ECTS-Grades

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam fordert die Landesregierung des Landes Brandenburg auf, den Punkt 2 f der Anlage zu den „Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“<sup>1</sup> auch für laufende Bachelor- und Masterstudiengänge unverzüglich in Landesrecht umzusetzen.

### **Begründung:**

Derzeit werden neben den regulären Noten die entsprechenden relativen ECTS-Grades nicht obligatorisch ausgewiesen. Insbesondere beim Hochschulwechsel nach dem Bachelor kann dies zum Problem werden, da viele inländische und v. a. ausländische Hochschulen Mindest-Bachelornoten im relativen ECTS-System zur Zulassung voraussetzen. Der Hochschulwechsel kann daher unnötig durch formale Unzulänglichkeiten der Bachelor-Zeugnisse erschwert werden. Anstatt gemeinsam mit den Studierenden pragmatische Lösungen zu suchen, pocht die Universität Potsdam derzeit auf die herrschende Rechtslage und lehnt die Ausweisung relativer ECTS-Grades kategorisch ab. Eines der Ziele der Bologna-Reform, die Steigerung der Mobilität der Studierenden, wird somit unnötig konterkariert. Eine Veränderung der derzeitigen Rechtslage ist daher dringend geboten.

## **Antrag Obligatorische Ausweisung von relativen ECTS-Grades (an HS- Leitung)**

Antragsteller: RCDS

Obligatorische Ausweisung von relativen ECTS-Grades

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam fordert die Hochschulleitung der Universität Potsdam auf, den Punkt 2 f der Anlage zu den „Ländergemeinsame

---

<sup>1</sup> „Leistungspunkte und Noten sind getrennt auszuweisen. Neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala von 1 bis 5 ist bei der Abschlussnote zusätzlich auch eine relative Note auszuweisen. Es wird empfohlen, diese entsprechend des ECTS Users' Guide in der jeweils geltenden Fassung<sup>5</sup> zu bilden.

Die ECTS-Note ist als Ergänzung der deutschen Note für Studienabschlüsse obligatorisch, für einzelne Module kann sie - soweit dies möglich und ein entsprechender Bedarf gegeben ist (z. B. bei Wechsel an eine ausländische Hochschule) - fakultativ ausgewiesen werden.“

*Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 04.02.2010*

Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“<sup>2</sup> auch für laufende Bachelor- und Masterstudiengänge unverzüglich und verbindlich in die Prüfungsordnung zu übernehmen.

**Begründung:**

Derzeit werden neben den regulären Noten die entsprechenden relativen ECTS-Grades nicht obligatorisch ausgewiesen. Insbesondere beim Hochschulwechsel nach dem Bachelor kann dies zum Problem werden, da viele inländische und v. a. ausländische Hochschulen Mindest-Bachelornoten im relativen ECTS-System zur Zulassung voraussetzen. Der Hochschulwechsel kann daher unnötig durch formale Unzulänglichkeiten der Bachelor-Zeugnisse erschwert werden. Anstatt gemeinsam mit den Studierenden pragmatische Lösungen zu suchen, pocht die Universität Potsdam derzeit auf die herrschende Rechtslage und lehnt die Ausweisung relativer ECTS-Grades kategorisch ab. Eines der Ziele der Bologna-Reform, die Steigerung der Mobilität der Studierenden, wird somit unnötig konterkariert. Eine Veränderung der derzeitigen (Rahmen-)Prüfungsordnung ist daher dringend geboten.

Anhang:

Stellungnahme der BrandStuVe zur Hochschulstrukturkommission,  
Text zum Konstruktiven Misstrauensvotum gegen den Finanzreferenten

---

<sup>2</sup> „Leistungspunkte und Noten sind getrennt auszuweisen. Neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala von 1 bis 5 ist bei der Abschlussnote zusätzlich auch eine relative Note auszuweisen. Es wird empfohlen, diese entsprechend des ECTS Users‘ Guide in der jeweils geltenden Fassung<sup>5</sup> zu bilden.

Die ECTS-Note ist als Ergänzung der deutschen Note für Studienabschlüsse obligatorisch, für einzelne Module kann sie - soweit dies möglich und ein entsprechender Bedarf gegeben ist (z. B. bei Wechsel an eine ausländische Hochschule) - fakultativ ausgewiesen werden.“

*Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003 i.d.F. vom 04.02.2010*



Stellungnahme  
der BrandStuVe zur

---

## **Hochschulstrukturkommission**

---

6. Juni 2011

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Mitbestimmung</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Lehre</b>	<b>3</b>
3.1	Modularisierung . . . . .	3
3.2	Einheit von Forschung und Lehre . . . . .	4
3.3	Qualitätsmanagement der Lehre versus Evaluierungswahn . . . . .	5
<b>4</b>	<b>Hochschulstruktur</b>	<b>5</b>
<b>5</b>	<b>Teilzeitstudium</b>	<b>6</b>
<b>6</b>	<b>Studentische Freiräume</b>	<b>7</b>
<b>7</b>	<b>Finanzierung</b>	<b>7</b>
<b>8</b>	<b>Quo vadis Brandenburg?</b>	<b>9</b>

# 1 Einleitung

Die BrandStuVe ist die landesweite Vertretung der Studierenden Brandenburgs. Wir begleiten mit großem Interesse die Arbeit der Hochschulstrukturkommission und möchten im Folgenden unsere Position zur Umgestaltung der brandenburgischen Hochschullandschaft darlegen. Diese Stellungnahme zur aktuellen hochschulpolitischen Entwicklung wurde in der BrandStuVe gemeinsam entwickelt und abgestimmt.

## 2 Mitbestimmung

Die Möglichkeiten für Studierende an der Entwicklung ihrer Hochschule zu partizipieren sind sehr unterschiedlich. Dabei hängen die Mitwirkungsrechte der Studierenden oft von dem persönlichen Wohlwollen der Hochschulmitarbeiter\*innen, speziell der Hochschulleitung, ab. Insbesondere asymmetrische Informationsverteilungen sind hier höchst problematisch. Die Studierendenvertreter werden oftmals nicht mit den nötigen Informationen versorgt. Gerade bei landespolitischen Themen wie beispielsweise der Bachelor-Evaluation erfahren die Studierenden meist erst über Umwege, dass die Hochschulen sich gerade aktiv mit der Thematik befassen. Ein weiteres Beispiel für diese Problematik sind die Berichte der Hochschulen für die Hochschulstrukturkommission. Die Informationen über das Ziel bzw. die Existenz der Kommission waren sehr spärlich und mussten von den Studierendenvertreter\*innen in mühsamer Arbeit gesammelt werden. Dies ist insofern problematisch, als dass Studierende nur partizipieren können, wenn sie von den Themen wissen.

Werden Studierende dann einbezogen, so können sie in der Regel ihre Forderungen zumindest vortragen. Problematisch ist allerdings, dass vielfach die Diskussion mit den Studierendenvertreter\*innen nicht auf Augenhöhe erfolgt. Gerade in entscheidungsfällenden Gremien wie dem Senat, Fakultätsräten oder Fachbereichsräten vermissen Studierendenvertreter häufig Respekt und Kompromissbereitschaft. Dies hängt natürlich u.a. mit der professoralen Mehrheit im derartigen Gremien zusammen. Auch beispielsweise sind Studierende in Berufungskommission immer noch in einer schwierigen Lage, da ihnen oft nicht die nötige Kompetenz zugesprochen wird. Nichtsdestotrotz könnte mensch im Sinne einer lebendigen, transparenten, demokratischen Hochschule überlegen die Strukturen partizipationsfreundlicher zu gestalten.

## 3 Lehre

### 3.1 Modularisierung

Mittlerweile sind sehr viele Studiengänge in Brandenburg modularisiert und ECTS-Punkte flächendeckend eingeführt. Leider sagen die ECTS-Punkte noch nichts über eine ver-

gleichbare, gegenseitige Anrechenbarkeit von Kursen zwischen Hochschulen innerhalb des Landes oder mit z.B. Berlin und damit eine mögliche Internationalisierung aus. Anstelle einer sinnvollen Punkteverteilung, die sich am Arbeitsaufwand orientiert, wird in Brandenburg vielerorts eher „Sudoku“, mit den ECTS-Punkten gespielt und willkürlich Punkte für Leistungen vergeben, nur weil Module eine bestimmte Punkteanzahl haben und diese ausgeschöpft werden müssen. So kann eine Hausarbeit beispielsweise schon innerhalb einer Hochschule in einem Fach 2 und in einem andern Fach 6 ECTS-Punkte wert sein, obwohl sie die selbe Seitenzahl umfasst und vom Arbeitsaufwand genauso einzuschätzen ist. Ähnlich verhält es sich mit Klausuren, Referaten und anderen studienbegleitenden Leistungen. Auch kann es für Seminare an derselben Hochschule, die für mehrere Fachbereiche offen sind, für jeden Fachbereich unterschiedlich viele Credits geben.

Wir lehnen eine Modularisierung nicht von Grund auf ab, sondern fordern eine sinnvolle und nicht zu kleinteilige Modulstruktur, bei der inhaltliche Themen zusammengefasst werden und bezogen auf die zu erwerbenden Kompetenzen vergleichbar sind und dementsprechend auch anrechenbar innerhalb der Hochschule, innerhalb des Bundeslandes, innerhalb der BRD und dem gesamten Bologna-Raum sind.

Auch ECTS-Punkte sind hierbei sinnvoll und in Bezug auf die zu erwerbenden Kompetenzen zu vergeben. Der Arbeitsaufwand kann hierbei nur eine nachgestellte Rolle spielen, da hier nur von Durchschnittswerten auszugehen ist, die nie gemessen werden, sondern lediglich geschätzt wurden.

Mit der Einführung von Bachelor/Master und der Modularisierung der Studiengänge müssen die Curricula dringend überdacht werden! Auch wenn wir an manchen Hochschulen die Bachelor- und Masterstudiengänge erst vor kurzem überarbeitet haben, ist trotzdem in vielen Fällen keine Verschlinkung der Inhalte des Bachelorstudiums eingetreten. Hier muss immer noch dringend nachgebessert werden, so dass die Prüfungslast sich verringert und ein Studium nicht an die Grenzen der psychischen Belastung geht.

### **3.2 Einheit von Forschung und Lehre**

Die Hochschulen in Brandenburg betonen vermehrt, dass ihnen die Einheit von Forschung und Lehre wichtig ist. Diesen Ansatz begrüßen wir sehr! Jedoch ist die Umsetzung an den Hochschulen noch nicht wünschenswert fortgeschritten. So bekommen Studienrendenvertreter\*innen beim Vorschlag von forschungsorientierten Modulen oder Teilmodulen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung gesagt, dass der Bachelor nicht dazu gedacht ist, in die Wissenschaft einzusteigen, sondern dieses dem Masterstudium vorbehalten bliebe.

Doch ist gerade die forschungsorientierte Lehre sowohl von Universitäten, wie Fachhochschulen, der Grundstein für ein gesellschaftliches Fortkommen und die gute Ausbildung von Fachkräften, die am realen Zeitgeschehen ausgerichtet ist.

Ähnlich verhält es sich mit Praxisteilen im Studium. Mit der Einführung des Bachelors wurde intendiert, dass gute Fachkräfte schneller ausgebildet werden können, doch wollen



viele Unternehmen Bachelorabsolvent\*innen noch immer nicht anstellen, da ihre Ausbildung viel zu theoretisch und daher zu wenig auf Praxis und Anwendung bezogen ist. Praxisphasen müssen daher sinnvoll von den Hochschulen ausgestaltet und ins Studium integriert werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass Studierenden aber nicht als unbezahlte Praktikant\*innen ausgebeutet werden, sondern auch Praxisphasen den Lebenswirklichkeiten der Studierenden Rechnung tragen.

### **3.3 Qualitätsmanagement der Lehre versus Evaluierungswahn**

Die Hochschulen sind dazu angehalten, eigene Qualitätsmanagementsysteme zur Verbesserung der Lehre aufzubauen. Evaluierungen können hierbei ein Mittel sein, zeitnahe und spezifische Rückmeldungen von Studierenden zu Themen zu bekommen. Leider nimmt die Bereitschaft von Studierenden stetig ab, sich an derartigen Befragungen zu beteiligen. Zum einen liegt das an der Frequenz der Befragung. Studierende sollen Kurse evaluieren, Auskünfte über ihre Erfahrungen im Semester, ihren Studienverlauf und zur Überschreitung der Regelstudienzeit geben, so dass bei einer Überbefragung schnell das Interesse schwindet sich zu beteiligen. Hinzu kommt andererseits, dass es selten Rückmeldungen über Konsequenzen der Befragung gibt. Was unternimmt die Hochschule nun schlussendlich konkret um die Kurse interessanter aufzubereiten, den Studienverlauf zu optimieren und die Abbrecher\*innenquoten zu minimieren? Diese Fragen bleiben meist unbeantwortet, was sich auch wieder negativ auf die Motivation zur Beteiligung auswirkt. Generell ist der gesamte Bereich des Qualitätsmanagements sehr undurchsichtig. Die Hochschulen stellen sehr viele Menschen ein, die sich mit dem Thema befassen sollen, doch bleiben konkrete Ergebnisse für die Studierenden augenscheinlich aus. Vielerorts ist durch die Einstellung von Qualitätsmanager\*innen eine Aufblähung des Verwaltungsstabes und damit einhergehend ein Vorschub der Bürokratisierung der Hochschulen zu verzeichnen. Arbeitsschritte werden dadurch teilweise stärker zeitlich ausgedehnt, da es nun noch mehr Stellen gibt, die die zu treffenden Entscheidungen inhaltlich prüfen müssen. Wir fordern daher: Schluss mit der unnützen Aufblähung der Verwaltung und dadurch einhergehender Bürokratisierung. Qualitätsmanagement muss sinnvoll betrieben werden und für alle Statusgruppen einsehbar und verständliche Ergebnisse liefern, ohne dabei einem Evaluierungswahn zum Opfer zu fallen.

## **4 Hochschulstruktur**

Die Hochschulstruktur generell muss an einigen Stellen überarbeitet werden, denn wie bereits angesprochen kommt es zu einer steten Zunahme von Verwaltungspositionen, um einerseits den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden, aber andererseits zu einem Prozess der Überbürokratisierung. Zu viele Stellen befassen sich mit ähnlichen Themen ohne sich abzustimmen. Davon ist nicht allein die Verwaltung betroffen. Es gibt inhaltliche und fachliche Überschneidungen zwischen den Aufgaben der Verwaltung und den Beratungsaufträgen beispielsweise Studienfachberater\*innen. Während die Einen Studierenden be-

stimmte Möglichkeiten eröffnen, scheitert mensch schon manchmal an der Anerkennung durch die Verwaltung.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind hier auch die Berater\*innen selbst. Mit der Bolognaumsetzung haben Hochschullehrer\*innen vielmehr beratungstechnische Aufgaben übernehmen müssen. Leider sind ihnen augenscheinlich keine Schulungen zu den Themen durch die Hochschulen zuteil geworden. Hochschullehrer\*innen wissen oftmals keine Lösungen auf die Probleme von Studierenden, obwohl sie laut Vorlesungsverzeichnis oder Homepage als Ansprechpartner\*innen ausgewiesen sind. Hier haben die Hochschulen dringenden Nachholbedarf bei der Schulung ihrer Berater\*innen sowohl auf zentraler Ebene in der Verwaltung als auch in Bezug auf die Studienfachberater\*innen, also die Dozierenden. Hinzu kommt ein schlechtes Kommunikationsnetzwerk innerhalb der Hochschule zwischen den einzelnen Beratungsstellen der Hochschulen aber auch schon innerhalb einer Fakultät / eines Fachbereichs. Studierende müssen teilweise zwischen mehreren Stellen hin und her laufen, werden zur nächste Stelle geschickt, weil an der ersten gerade niemensch eine Antwort weiß oder Berater\*in xy im Urlaub ist. Dazu unterscheiden sich die Auskünfte oftmals qualitativ und inhaltlich so gravierend, dass die Studierenden manchmal nach einer Beratung verwirrt sind als vorher. Die Hochschulen müssen dringend an ihrem internen Kommunikationssystem nachbessern bei gleichzeitiger Schulung ihrer Berater\*innen.

## **5 Teilzeitstudium**

Studierende können sich seit der kleinen Gesetzesnovelle vom Dezember 2010 semester- oder studienjahrweise als Teilzeitstudierende an allen Hochschulen rückmelden. Das ist ein sehr großer Fortschritt, den wir sehr begrüßen! Doch leider bleiben auch mit der Umformulierung des § 17 Absatz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes noch viele Fragen offen. Die Hochschulen sind aufgefordert die Regelungen an ihren Hochschulen so zu formulieren, dass ein flexibler Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitstudium möglich wird. Denn nur so ist eine Teilzeitstudienmöglichkeit eine wirkliche Entlastung des Alltags von Studierenden. Viele Umstände, die ein Teilzeitstudium nötig machen, sind nämlich nicht planbar wie beispielsweise plötzliche Erkrankungen oder ein neuer Nebenjob zur Finanzierung des Studiums. Hinzu kommen die drastischen Einschnidungen, die mit dem Statuswechsel von Vollzeit- auf Teilzeitstudierenden einhergehen. So können Studierende ab einer Mindestarbeitszeit von 14 Stunden an der BTU Cottbus und der Uni Potsdam, sowie ab einer Mindestarbeitszeit von 15 Stunden an der FH Potsdam die Anerkennung eines individuellen Teilzeitstudiums beantragen. Sofern ihnen dieses gewährt wird, müssen sie jedoch erheblich mehr Kranken- und Rentenkassenbeiträge zahlen und nicht nur sie, sondern auch der Arbeitgeber, was gleichzeitig die Attraktivität des arbeitenden Teilzeitstudierenden senkt und somit der eigentlichen Intention der Anerkennung – einer doppelten Belastung – entgegen steht und sogar noch verschlimmert!

An dieser Stelle ist die Politik gefragt, denn nur mit einem ordentlichen Teilzeitstudien-

angebot kann die Situation von arbeitenden oder pflegeverpflichtete Studierenden verbessert werden, wobei gleichzeitig neue Gruppen für ein Präsenzstudium an einer Hochschule erschlossen werden können. Hierzu gehören auch Anpassungen beim BAföG auf Bundesebene, sodass auch Teilzeitstudenten ein derartiger Leistungsbezug über ihr volles Studium grundsätzlich möglich ist. Auch sollten berufsbegleitende Teilzeitstudiengänge, wie beispielsweise an der FH Potsdam oder FH Brandenburg, weiter ausgebaut werden.

## 6 Studentische Freiräume

Studierende im Vollzeitstudium verbringen einen großen Teil ihres Tages an der Hochschule. Neben Präsenzveranstaltungen arbeiten sie in der Bibliothek oder in Lerngruppen zusammen. Aber auch darüber hinaus ist der Campus ein Ort eines vielfältigen und bunten Studierendenlebens. Problematisch ist hierbei die räumliche Ausstattung vieler Hochschulen. Bei der Berechnung von Räumen für die Hochschulen werden vom Land aus keine Arbeits- und Aufenthaltsräume beachtet, so dass Studierende lange Kämpfe mit den Hochschulleitungen ausfechten müssen, um überhaupt Möglichkeiten für Arbeitsplätze aber auch studentische Freiräume zu erhalten, während sich die Landesregierung – als eigentlicher Entscheidungsträger – völlig raus hält und auf die Hochschulverwaltung und das Raummanagement verweist. Dabei sind studentisch verwaltet Räume unerlässlich in Anbetracht der stetig steigenden Stressbelastung von Studierenden<sup>1</sup>. Aber auch studentische Initiativen benötigen Räumlichkeiten, um kreativ ihre Potentiale ausnutzen zu können. An diesem Punkt besteht an allen Hochschulen im Land dringender Nachholebedarf! Positiv hervorzuheben sind hierbei als selbstverwaltete Treffpunkte der Studierenden u.a. das Casino der FH Potsdam, das KuZe der Universität Potsdam, das IQ der FH Brandenburg, den Studierendenkeller NIL e.V. der Universität Potsdam und das Konzept für die Studierendenmeile an der Viadrina. Diese müssen unbedingt erhalten bleiben, stärker hochschul- und landespolitisch unterstützt und in die Hochschulkultur vor allem von den Leitungen der Hochschulen eingebunden werden.

## 7 Finanzierung

Generell ist es wichtig in Bildung zu investieren. Dieses hatten die Regierungsparteien im Wahlkampf thematisiert und danach im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Bildungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft klagen jedoch seit Jahren über einer mangelnde finanzielle Ausstattung. Dies betrifft alle Einrichtungen von der frühkindlichen Erziehung bis zur Hochschulbildung. Eine Ausfinanzierung des gesamten staatlichen Bildungssektor ist notwendig! Nur dann kann das Land Brandenburg seinen Bildungsauftrag erfüllen und den viel beklagten Fachkräftemangel in den Griff bekommen.

---

<sup>1</sup>19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

Professor\*innen- und Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innenstellen an Hochschulen werden dringend benötigt, um einen qualitativ hochwertigen Lehrbetrieb zu ermöglichen. Die durch das Land zur Verfügung gestellten Mittel für die Erfüllung dieser Aufgabe sind nicht ausreichend, was zur Folge hat, dass die personelle Ausstattung an den Hochschulen nicht im Verhältnis zu den Studierendenzahlen steht.

Das gemeinsame Ziel von Landes- und Bundesregierung – mehr Geld in Bildung und Forschung zu investieren – ist nach wie vor gesetzt. Dieses wird allerdings von der Landesregierung durch einen blinden Einsparwillen im gesamten Bildungssektor konterkariert. Das Ziel die Bildungsausgaben auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, kann mit einer Mittelkürzung um bis zu 27 Millionen Euro nicht erreicht werden!

Noch immer ist das Land Brandenburg auf den letzten Plätzen bei der Finanzierung der Hochschulen und Bildung allgemein, was den Regierungsparteien bei der Koalitionsbildung bewusst war: " *Deswegen investieren wir in die Bildung [...]*"<sup>2</sup>. Brandenburg brachte im Jahr 2008 rund 3,15 %<sup>3</sup> seines BIP für die Bildung auf. Einsparungen von bis zu 10 Millionen für den jetzigen Doppelhaushalt der Hochschulen stehen den Aussagen des Koalitionsvertrags klar entgegen. Die Eingriffe in die Rücklagen der Hochschulen im letzten Jahr in Millionenhöhe haben ein Vertrauensverlust im Umgang zwischen Hochschulen und Landesregierung hervorgerufen.

Weiteres Vertrauen wird durch die Berufungspraxis der Landesregierung zerstört. Bei Berufungsverhandlungen werden Professor\*innen bei Bewährung eine Entfristung ihrer Stelle in Aussicht gestellt. Durch den Haushaltsvorbehalt kann eine Entfristung durch das Ministerium nun verwehrt werden. Die Attraktivität des Landes Brandenburg wird durch diese Berufungspolitik für junge Wissenschaftler\*innen nachhaltig beeinträchtigt. Weiter hat dieses Handeln Einfluss auf zentrale Professuren, welche z.B. auf Grund von Emeritierung entfallen sind, teilweise nicht wieder besetzt werden. Dies dient auf keinen Fall der Qualitätssicherung oder gar der Qualitätssteigerung in der Lehre an den Hochschulen.

Die Aussetzung der Wehrpflicht ist bereits in diesem Jahr aktuell und wird mit den doppelten Abiturjahrgängen auch im nächsten Jahr aktuell bleiben.

Die Maßnahmen der Landesregierung in Personalangelegenheiten der Hochschulen sind daher eher als destruktive zu werten. Andere Bundesländer, zum Beispiel Bayern, holen – in Erwartung von doppelten Abiturjahrgängen und der Aussetzung der Wehrpflicht – weiteres Personal an de Hochschulen In Brandenburg bleiben derartige Bemühungen aus. Laut Aussagen von Frau Ministerin Kunst gegenüber der Presse soll der Arbeitsauftrag der Kommission die Kürzung von Kostenfaktoren in der Brandenburgischen Hochschullandschaft sein. Das Zusammenlegen von einzelnen Angeboten kann durchaus sinnvoll sein. Doch müssen die Standorte, an welchen diese Angebote dann konzentriert werden finanziellen adäquat ausgestattet sein, um die Ausbildung auf hohem Niveau fortzuführen und auszubauen. Die Attraktivität für Studierende muss dabei unbedingt Beachtung finden. Vor diesem Hintergrund sind keine große Einsparpotentiale vorhanden. Die einzige

---

<sup>2</sup><http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/koalitionsvertrag.pdf>

<sup>3</sup>Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben; Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2007/2008

Möglichkeit würde in der Verschiebung von einzelnen Angeboten bestehen. Jedoch ist hier zu Bedenken, dass an Hochschulen der Fixkostenanteil sehr hoch. Dies bedeutet die Kosten für den Unterhalt der Gebäude, das Personal und die Infrastruktur nehmen einen beachtlichen Anteil fixer Kosten einer Hochschule ein. Daher ist auch hier nicht mit kurzfristigen Einsparungen zu rechnen.

Selbstredend gibt es auch in der Hochschullandschaft des Landes Brandenburg Einsparpotentiale. Diese sind allerdings an der richtigen Stelle suchen! Eine energiebewusste und ökologische Bauweise bei neuen Verfügungsgebäuden beispielsweise eröffnet Einsparpotentiale im laufenden Betrieb. Bei Neubauten muss ein Umdenken statt finden. Bei einer Budgetüberschreitung muss darauf geachtet werden nicht die für den Betrieb des Gebäudes entscheidenden Kostenfaktoren wegzugespart. Hier ließen sich Beispielhaft Jalousien an Südseiten oder entsprechende Dämmung der Gebäude angeführt.

Gleichzeitig sollten bei der Renovierung von Gebäuden auf entsprechende Dämmung geachtet werden, denn auch hier sind Einsparpotentiale vorhanden.

Grundsätzlich muss sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Lehrenden und Studierenden ein Bewusstsein für diese Problematik des Ressourcen schonenden Umgangs geschaffen werden, um Situationen zu vermeiden bei denen die Heizung bei geöffneten Fenster auf „5“ steht. Die Abwärme der Technik der Rechenzentren der einzelnen Hochschulen sollte nicht durch Klimaanlage in die Umwelt abgeführt werden, sondern über Wärmetauscher in das Heizungsnetz eingespeist werden. Mit Hilfe von Solarthermie und Photovoltaik besteht eine weitere Möglichkeit, die Kosten für Heizung und der Strom deutlich zu senken.

Vor der Erschließung neuer Einnahmequellen für die Hochschulen durch die Einführung von Studiengebühren ist dringend abzusehen! Studiengebühren hindern ganze Schichten der Gesellschaft an der Aufnahme eines Hochschulstudiums. Dieses lehnen wird in aller Entschiedenheit ab. Wir schließen uns den Ausführungen des Studentenwerks Potsdam an und warnen eindringlich vor einem derartigen Schritt.

## **8 Quo vadis Brandenburg?**

Das Land Brandenburg muss sich entscheiden wohin es hochschulpolitisch steuern will. Im Moment folgen mehr oder weniger alle brandenburgischen Hochschulen dem Leitbild von Exzellenz und Profilbildung. Die Herausbildung von sogenannten "Leuchttürmen der Wissenschaft ist jedoch kritisch zu sehen, da sie unter den Hochschulen einen Verteilungskampf um Gelder aus dem Mittelverteilungsmodell und Drittmitteltöpfe auslöst. Anstatt Leuchttürme zu produzieren, wäre es aus unserer Sicht sinnvoller eine flächendeckende, ausgewogene Hochschullandschaft zu haben. Mit dem Exzellenzwahn geht auch eine Schwächung der Lehre einher. Im Kampf um Mittel von Drittmittelgebern oder der DFG wird die Forschung an allen Hochschulen dramatisch überbetont. Problematisch ist dies, da so die Einheit von Forschung und Lehre aufgebrochen wird. Gute Lehre ist jedoch die Grundlage

von guter Forschung. Wenn Brandenburg auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben will, muss die dringend Lehre gestärkt werden.

Gemeinschaftlich erarbeitet durch die BrandStuVe;

Verfasst durch:

Katja Klebig – Universität Potsdam

Ronny Diering – Europa-Universität Viadrina

Johannes Petrick – FH Brandenburg

## **Antrag:**

Konstruktives Misstrauensvotum gegen den amtierenden Finanzer des AStA der Universität Potsdam, Roy Kreuzer.

## **AntragsstellerInnen:**

Die ParlamentarierInnen folgender Hochschulgruppen:

Juso HSG, BEAT, Grüner Campus und ShineUP

Liebe Mitglieder des StuPa-Präsidiums,

die AntragsstellerInnen sprechen hiermit dem amtierenden Finanzer des AStA der Universität Potsdam, Roy Kreuzer, das Misstrauen aus. Wir beantragen deshalb auf der kommenden Sitzung am 14. Juni 2011 ein konstruktives Misstrauensvotum gegen die oben genannte Person und schlagen als Gegenkandidaten Alexander Gayko (dielinke.SDS) vor. Wir bitten das Präsidium diesen Punkt auf die Tagesordnung für die anstehende Sitzung des Studierendenparlaments zu setzen.

## **Begründung:**

Als Begründung für diesen Schritt möchten wir das Finanzer-Veto gegen den vom Studierendenparlament bewilligten Antrag der Aktiven des „Antifaschistischen Workcamps Ravensbrück“ anführen. Dieser Antrag ist von einer breiten Mehrheit der gewählten Studierendenvertretung bewilligt worden und wird durch das Votum des Finanzers blockiert.

Abgesehen von bereits im Rahmen des Studierendenparlaments diskutierten Vorfällen in den vergangenen Monaten, kam es nach Informationen verschiedener AStA-ReferentInnen außerdem immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Roy Kreuzer und anderen Aktiven des amtierenden AStA der Universität Potsdam, die eine Zusammenarbeit mit Roy Kreuzer unmöglich machen.

Die AntragsstellerInnen sprechen deshalb dem amtierenden Finanzer des AStA der Universität Potsdam das Misstrauen aus.

Juso HSG, BEAT, Grüner Campus und ShineUP

Potsdam, den 07. Juni 2011